



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Atomausstieg vs. Laufzeitverlängerung

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





| | |
|---|---|
| Thema: | Fakten - Thesen - Argumente <i>Was spricht für/gegen die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke?</i> |
| Bestellnummer: | 43626 |
| Kurzvorstellung des Materials: | <ul style="list-style-type: none"> • Im September 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung die sogenannten Restlaufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland um bis zu 14 Jahre zu verlängern. Dies wird auch überspitzt „Ausstieg vom Ausstieg“ genannt. Die Debatte über das Für-und-wider von Atomkraft wird dadurch und durch die Art und Weise, wie der Beschluss der Regierung zu Stande kam, weiter angeheizt. • Die Reihe <i>Fakten - Thesen - Argumente</i> liefert das Material für Erörterungen und Streitgespräche im Unterricht und informiert über Themen, die aktuell und unterrichtsrelevant sind. <i>Fakten</i> liefern sachgerechte, fundierte Informationen zum aktuellen Streitthema, <i>Thesen</i> formulieren in den Medien vertretene, unterschiedliche Standpunkte und die dargestellten Pro- und Contra-<i>Argumente</i> erleichtern die eigene Positionsfindung. |
| Übersicht über die Teile | <ul style="list-style-type: none"> • <i>Fakten:</i> - Die Debatte - Die Hintergrundinformationen - Die Reaktion • <i>Thesen:</i> Die unterschiedlichen Positionen • <i>Argumente:</i> PRO und CONTRA • Didaktische Überlegungen zum Einsatz im Unterricht und konkrete Aufgabenstellungen |
| Information zum Dokument | <ul style="list-style-type: none"> • Ca. 2 Seiten, Größe ca. 270 KByte |
| SCHOOL-SCOUT – schnelle Hilfe per E-Mail | SCHOOL-SCOUT ♦ Der persönliche Schulservice Internet: http://www.School-Scout.de E-Mail: info@School-Scout.de |

Fakten - Thesen – Argumente:

Was spricht für/gegen die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke?

A. Die Fakten

M1: Die Debatte

Die Debatte über den Atomausstieg wird durch die jüngste Entscheidung der Bundesregierung erneut angeheizt: Im September 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung die sogenannten Restlaufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland um bis zu 14 Jahre zu verlängern. Wodurch der *Atomkonsens*, der durch die rote-grüne Regierung und die Energiewirtschaft im Jahre 2002 erzielt wurde, zum Teil gegenstandslos wird.

Kritisiert wird nicht nur der Beschluss der Regierung selbst, sondern auch die Art und Weise von dessen Zustandekommen. Öffentlich ausgetragene Streitereien der Koalitionspartner CDU/CSU und FDP auf der einen Seite und unverhohlene Drohungen der Energieproduzenten, z.B. durch eine Anzeigenkampagne in großen deutschen Tageszeitungen auf der anderen Seite führten zu einem massiven Vertrauensverlust großer Teile der Bevölkerung in die Regierungsarbeit. Vorwürfe gegen die Bundesregierung wie Erpressbarkeit, Klientelpolitik und Käuflichkeit werden in den Medien breit diskutiert.

M2: Die Hintergrundinformationen

Der *Atomkonsens* von 2002 zielte darauf ab mittelfristig alle Atomkraftwerke in Deutschland stillzulegen. Dadurch sollte die weitere Produktion von Atom-Müll verhindert werden. Die Kraftwerke sollten nicht alle auf einmal abgeschaltet werden sondern nach und nach. Zunächst sollten technisch veraltete Atommeiler und solche, die den modernen Sicherheitsanforderungen nicht entsprechen stillgelegt werden. Bis 2020 sollten dann die restlichen Meiler abgeschaltet werden.

Der Beschluss der Bundesregierung ändert dies nun. Er enthält außerdem nicht nur Regelungen zur Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke, sondern umfasst auch die Einführung einer auf den Zeitraum 2011 bis 2016 begrenzte Brennelementesteuer in Höhe von jährlich 2,3 Milliarden Euro. Dazu solle es noch einen Fonds zum Ausbau erneuerbarer Energien geben, in den die Stromproduzenten einzahlen sollen. Hier ist 2011 bis 2016 von insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro die Rede. Ab 2017 könnte ein Sonderbeitrag der Energieindustrie kommen. Alle Abgaben der Konzerne sollen dann direkt in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert werden. Insgesamt ist von Zusatzeinnahmen der Bundesregierung in Höhe von rund 30 Milliarden Euro die Rede. Alle Abgaben der Stromkonzerne können von diesen steuerlich geltend gemacht werden.

Ob dieser Beschluss der Bundesregierung allerdings auch als Gesetz in Kraft treten kann, ist derzeit unsicher, da die Opposition (SPD, Grüne, Linke) im Falle einer Verabschiedung durch den Bundestag Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben will. Die Opposition beruft sich in diesem Fall darauf, dass eine Änderung des *Atomkonsens* ' nur mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen kann. In diesem Gremium hat die Bundesregierung aber seit dem Regierungswechsel in NRW keine Mehrheit mehr.

Die Energieindustrie hat im Vorfeld dieses Beschlusses die Bundesregierung massiv unter Druck gesetzt. Zum einen wurden Drohungen in Umlauf gebracht, alle (durch den Atomkonsens von 2002 unrentablen) Atomkraftwerke sofort abzuschalten. Zum anderen wurde eine große Anzeigenkampagne lanciert, in der (trotz Milliarden-Gewinnen der vier großen Stromerzeuger) vor einer zu hohen Belastung der Energieindustrie durch Steuern und Abgaben und Kosten für die Sicherheitsnachrüstung der Atommeiler gewarnt wurde, die an die Stromkunden also die Bevölkerung weitergegeben werden müssten, was zu drastischen Strompreiserhöhungen führen würde. Die Atomindustrie forderte eine deutliche Laufzeitverlängerung und freiwillige, steuerlich absetzbare Abgaben anstatt von Steuern.



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Atomausstieg vs. Laufzeitverlängerung

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

